



BVBB

Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V.

Anerkannt als gemeinnütziger Verein

Parteienunabhängig - für Bürgerrechte

BVBB-Zentrale: Wilhelm-Grunwald-Str. 48-50, 15827 Blankenfelde

Telefon: 0 33 79 / 20 14 34 · Telefax: 0 33 79 / 20 14 35

Sprechzeiten: Donnerstag 14.30 - 18.00 Uhr

www.bvbb-ev.de und www.planfeststellungsverfahren.net

Hier lesen Sie, was Sie so oder überhaupt nicht durch die Medien erfahren!

INFO 50

Blankenfelde, September 2008

Auf ein Wort - Zur 50. Ausgabe der INFO

Der BVBB ist stolz auf dieses Jubiläum! Wer hätte das gedacht - 50 Ausgaben, in denen der BVBB die vom Pleiten-, Pech- und Pannenprojekt BBI betroffene Öffentlichkeit informiert und schreibt, was Sache ist.

Noch nie haben wir uns in der Darstellung von Fakten und in unseren Prognosen geirrt. Noch nie mussten wir etwas berichtigen oder zurücknehmen. In vielen Beiträgen haben wir die Schweigespirale gebrochen, die neben vertuschender Propaganda Methode der Politik, der Flughafengesellschaft und ihrer Protagonisten war und ist. Die Wahrheit verschweigen oder verdrehen, die Betroffenen ignorieren, das sind Stil und Methode dieser "BBI-über-alles-Befürworter".

Wir haben in jeder Ausgabe unserer INFO deutlich und klar unsere Meinung geschrieben und Fakten „ans Licht gebracht“. Wenn es sein musste, auch mit Härte und Polemik. Aber Härte und Polemik hatten immer nur ein Ziel: Aufdeckung von Unwahrheiten und Vertuschungen. Dabei war uns bekannt, dass unsere Gegner Polemik zum Anlass nehmen, um uns zu diskreditieren. So ist es eben: wer selber Polemik zum Prinzip macht - da sind Politiker wahre Weltmeister - fühlt sich angegriffen, wenn mit gleichen Methoden geantwortet wird.

Die INFO war die einzige Stimme der von den BBI-Folgen betroffenen 140.000 Bürger, die ungeschminkt sich nur der Wahrheit verpflichtet fühlte. Nach den Grundsätzen des journalistischen Handwerks haben wir beim Niederschreiben unserer Artikel immer gefragt: was ist falsch - was ist richtig? Was ist Wahrheit - was ist Lüge? Stimmen unsere Informationen? Weil wir so gehandelt haben, waren wir mit den Sachinhalten der INFO nicht angreifbar.

Wir wussten, dass Wahrheit weh tut! Wir wussten, dass Wahrheit bekämpft wird. Wir wussten auch, dass Wahrheit bei Lesern als unglaubwürdig abgestempelt wird, wenn Wahrheit gegen gepflegte Vorurteile niedergeschrieben wird. Wir wussten, dass es Leser der INFO gibt, die nicht fragen: Was ist falsch, was ist richtig? Das wollten sie nicht wissen, weil sie sich auch bei fehlender Sachkenntnis von der Wahrheit gestört fühlten. Wir wussten, dass - auch verständlich - viele unserer Leser diese Wahrheiten kopfschüttelnd und ungläubig zur Kenntnis nahmen, sie nur glauben wollten, was Politiker predigen oder sie in den allgemeinen Medien lasen, sahen oder hörten. Schließlich werden sie zugeschüttet von BBI-Propaganda, widersprüchlichen Halb- und Unwahrheiten, Propagandabehauptungen, die eine Halbwertzeit von Tagen oder Monaten hatten. Spekulation auf Vergesslichkeit und Desinteresse ist der Stil der BBI-Durchsetzer und ihrer Bauchredner und Jubelperser.

Auf Hilfe zur Einreichung von 330.000 Einwendungen, zur Vorbereitung von zwei Anhörungen, in 2001 über 3 Monate, und zur Vorbereitung von 4.000 Klagen vor dem Bundesverwaltungsgericht haben wir immer großen Wert gelegt. Mit vielen Beiträgen konnten wir über die Rechte der Betroffenen und über ihre Betroffenheit informieren. Darum erlauben wir uns die Frage an Sie: können Sie sich vorstellen wer Sie sonst noch so informiert hätte, dass Sie handeln konnten und Ihre Rechte kannten?

Je nach Anlass haben fleißige Mitarbeiter bis zu 50.000 Exemplare der INFO je Ausgabe an die Haushalte verteilt. Diesen Mitarbeitern sind wir dankbar. Sie haben dafür gesorgt, dass Sie die Wahrheit erfahren, dass Sie Informationen bekamen, die auch Hilfe für Sie waren.

**SO MIT UNS
NICHT**

Ein Rückblick zur Entwicklung „Berlin Brandenburg Absurdistan“ (BBA), alias BBI.

1990 begannen die Blümenträume für eine Superlative! 1997 muss die Region einen internationalen Großflughafen der europäischen Spitzenklasse haben. So ging es dann nach immer wieder gescheiterten Ankündigungen über eine Inbetriebnahme weiter. Nach 1997 dann 2001/2; 2006/2007; 2009; jetzt 2011. Alle Ankündigen hat der BVBB als Propagandaträume von unfähigen Politikern und gefesselten Planern öffentlich gemacht. So ist auch der angeblich letzte Termin, Herbst 2011 ein Propagandetermin. Der BVBB legt sich fest: Vor 2013 wird es nichts - auch mit dem Blümentraum.

1990/91 schien es ausgemachte Sache, dass nur ein Standort für den BBI in Frage kommt, der einen 24-Stunden-Betrieb sichert, der in einer Region gebaut wird, die Menschen nicht mit Fluglärm und durch Katastrophengefahr belastet, ausbaufähig für bis zu 50 Millionen Passagiere/Jahr ist, über gute Anbindung an das internationale Schienennetz verfügt, wirtschaftlich - ohne Belastung des Steuerzahlers - arbeitet und von privaten Investoren gebaut und betrieben wird.

Standortsuche - ein umfangreiches Raumordnungsverfahren legte fest: Standorte können nur Sperenberg oder Jüterbog/Ost sein. Der von Berlin in die Standortsuche hereinmanipulierte Standort Schönefeld wurde wegen Nichterfüllung der Kriterien als ungeeignet klassifiziert. Der Vorstand der Flughafengesellschaft, ihr Aufsichtsrat, die Berliner SPD, die brandenburgische Landesregierung, Investoren und Experten bekräftigten die Ergebnisse der Standortsuche. Der ehemalige Ministerpräsident Stolpe bezeichnete den Standort Schönefeld als unmenschlich, sein damaliger Umweltschutzminister Platzeck führte im von ihm verantworteten Raumordnungsverfahren alle Gründe an, die für Sperenberg und gegen Schönefeld sprechen.

Dann kam 1996 die Stunde der Wendehälse. Berlin und nun auch die SPD Berlin bestanden auf den BBI-Standort Schönefeld. Plötzlich, unerwartet und ohne jede Not waren dann auch Stolpe, Platzeck und die Brandenburger SPD für Schönefeld. Sie unterschrieben einen unter ominösen Umständen zustande gekommenen „Konsensbeschluss“ mit der Festlegung auf den BBI-Standort Schönefeld. Bis heute haben weder die Landesregierung noch die auf Linie eingeschwenkten Parteien SPD und CDU eine nachvollziehbare Erklärung für ihren 180°-Dreh abgegeben.

Bis heute vertritt der BVBB aber die Positionen zum Standort, die bis 1996 auch von den Wendehälse vertreten wurde: „Schönefeld Nein“! Weil der BVBB seine Position mit den Erkenntnissen begründet, die die Wendehälse produziert haben, muss er ebenfalls bis heute mit allen Mitteln bekämpft werden. Die Betroffenen haben sich nun mit dem Standort abzufinden, so die Wendehälse. Im März 1996 wurde er dann auch per Gerichtsbeschluss gerettet. Dies allerdings nicht, weil Schönefeld sachlich begründbar ist, sondern weil die zweifelhafte Rechtskonstruktion über mehrere Landesentwicklungspläne dem Bundesverwaltungsgericht einen Ausweg zur Standortsicherung aufmachte. Aber gleichzeitig entschied das Gericht (März 2006): die Nachtflugerlaubnis für 90 Flüge zwischen 22:00 Uhr und 6:00 Uhr im Planfeststellungsbeschluss ist glatt rechtswidrig, so wie es 4.000 Kläger beantragt hatten. Nun wird nach Vorgaben des Gerichts ein neuer Versuch unternommen, Nachtflüge zu bekommen. Motto: Es kann doch nicht sein, dass im Hauptstadtflughafen um 22:00 Uhr die Lichter ausgehen. Darum, nun ganz dreist, jetzt sind 113 Nachtflüge gefordert. Absehbar, sie werden genehmigt und dann wird der BVBB wieder Klagen organisieren.

Belastet mit gescheiterten Privatisierungsversuchen, ohne ein kreditwürdiges Finanzierungskonzept, ohne gesicherte, auch internationale, Schienenanbindung, unzählige Gerichtsverfahren, ohne Nachnutzungskonzepte für die Standorte Tempelhof und Tegel und Finanzierungskosten, die nur nach oben zeigen, ohne Nachweis der Wirtschaftlichkeit, ohne Klärung von Forderungen und Auflagen zum Interessenausgleich für Betroffene steht das Projekt BBI im Sumpf. Stattdessen großartige Versprechen zum Wirtschaftsaufschwung der Region, gigantische Zahlen von zusätzlichen Arbeitsplätzen die herbei begutachtet, aber nie bewiesen wurden.

Mit der dummen Behauptung, dass Tempelhof jetzt geschlossen werden muss, weil sonst der BBI-Bau rechtlich gefährdet und finanziell nicht zu stemmen sei, wurde der Volksverdummung die Krone ausgesetzt. Jetzt kostet die Flughafenbranche Tempelhof richtiges Geld, 10 Millionen €/Jahr und keiner weiß, was dort passieren soll, nachdem Wowereit „die reichen Onkel aus Amerika“, die investieren wollten, vom Hof gejagt hat. Der brandenburgische Infrastrukturminister Dellmann hat die Schließung mit dem unzumutbaren Lärm und der unzumutbaren Katastrophengefahr für die Anwohner begründet. Klar, die Betroffenen von BBI-Folgen sind eben keine Menschen. Sie sollen Fluglärmterror und Katastrophengefahr klaglos hinnehmen.

Jetzt wird dann noch für drei Jahre Tegel mit Millionen richtig ausgebaut. Grund: die Fluggesellschaften wollen nicht nach Schönefeld, darum wird es so eng in Tegel.

In seinen INFO's und Presseerklärungen hat der BVBB frühzeitig alle Pannen und Pleiten vorhergesagt. Auch dafür muss der BVBB von den politischen Pleitepolitikern bekämpft werden. Es geht ihnen beim Bau des BBI nicht um Wahrheit und Fakten. Es geht um schnöde Parteipolitik, Durchsetzungswut, die mit allen Mitteln erzwungen werden muss - koste es, was es wolle. An diese Verantwortungslosigkeit gegenüber Betroffenen und Steuerzahlern kann man nicht oft genug - auch in der 50. Ausgabe der INFO - erinnern.

**SO MIT UNS
NICHT**

Ausblick

Systematisch wird den Betroffenen eingeredet: „Gebt Euren Widerstand auf, findet Euch mit dem BBI ab.“ Sicher denken so auch viele Betroffene. Sie haben resigniert vor angeblich politischer Allmacht.

Der BVBB hat immer wieder darauf hingewiesen, dass erst mit Inbetriebnahme des BBI das wahre Elend beginnt. Es wird hier nicht anders sein als in Frankfurt (Main), München, Düsseldorf, Zürich, Amsterdam oder London. Die Flughafengesellschaft wird mit ständig neuen Ansprüchen, Rechtsstricks und Rechtsumgehung ihre zukünftigen Interessen rücksichtslos durchsetzen wollen. Die Betroffenen haben dann hier wie dort nur eine Möglichkeit: für ihren Schutz klagen. Wenn sie sich nicht wehren, sind sie ausgeliefert.

Niemand darf glauben, dass es neben dem BVBB auch nur eine Partei oder Initiative gibt, die sich für ihn einsetzt. Darum ist klar, dass der BVBB als Schutzorganisation in Zukunft mehr gefragt sein wird als in der Vergangenheit. Hinzu kommt, dass Vertuschungen, Verschweigen, Desinformation und Lüge zur Irreführung der Öffentlichkeit und zur Einschüchterung der Betroffenen weitergehen. Zur Aufdeckung der Wahrheit wird es aber die BVBB-INFO geben.

Wir sind vorbereitet

Schon nach Analyse des Anhörungsberichtes - der jetzt vorliegt - zu den Anträgen der Flughafengesellschaft zur Durchsetzung des Nachtflugs ist klar, dass die Planfeststellungsbehörde alles hindrehen wird, um wenigstens für die Zeit zwischen 22:00 Uhr bis 0:00 Uhr und 5:00 Uhr bis 6:00 Uhr Nachtflugrechte einzuräumen. Fest steht darum auch, dass der BVBB dann das Land Brandenburg wieder verklagen wird.

Seit Monaten fordert die Flughafengesellschaft (FBS) in Hochglanzbroschüren und mit Medienkampagnen die Betroffenen der Region auf, Schallschutzfenster zu beantragen. Dies, ohne dass sie selbst genau sagen kann, wer einen Rechtsanspruch auf welchen Schallschutz hat. Noch steht eben nicht fest, wie die Schallschutzgebiete rechtssicher festgelegt werden. Dies geschieht nämlich durch Gerichtsentscheidung, die aussteht. Zudem haben die Betroffenen bis zu 5 Jahre nach Inbetriebnahme des BBI Zeit, den Lärmschutz zu beantragen. Worum geht es der FBS bei dieser Eile? Sie spekuliert auf unkundige und ängstliche Betroffene, denen sie Billiglösungen andrehen will.

Der BVBB hat seine Mitglieder anwaltlich beraten lassen, um notfalls zu klagen und gutachterlich feststellen lassen, zu welcher Schallschutzqualifikation und für welche Regionen die FBS verpflichtet ist. Dieser Weg wird gründlich und ohne Zeitdruck vorbereitet.

Arbeitsplätze durch Nachtflug? Eine schallende Ohrfeige für die Arbeitsplatz-Lügner!

Wie gehabt: Mit bombastischer Propaganda behaupten Wowereit, Platzeck und ihre politischen Protagonisten: Der Nachtflug muss kommen, weil er zehntausende Arbeitsplätze schafft und den BBI wirtschaftlich macht. Wie immer berufen sie sich auf ein Gutachten eines Professors aus Köln, dessen Rechenkünste mit Wissenschaft nichts zu tun haben. Da war es nur selbstverständlich, dass die FBS zur Anhörung (07.04 bis 26.04.2008) zu den Nachtflugforderungen wieder ein „Gutachten“ dieses Professors vorlegte. Vertreter des BVBB haben dieses Propagandapapier wegen Unwissenschaftlichkeit zerrissen. Da konnte dann die Anhörungsbehörde in ihrem Bericht nur noch schreiben: „..... Ohne Bedeutung in diesem Zusammenhang sind nach Einschätzung der Anhörungsbehörde jegliche Erwägungen zu den Auswirkungen des Nachtflugverkehrs auf Entwicklungen am allgemeinen Arbeitsmarkt oder sonstige allgemeine, wirtschaftlich Überlegungen“ und weiter „..... Als Konsequenz daraus misst die Anhörungsbehörde dem Gutachten „Regionalwirtschaftliche Effekte einer Betriebsgenehmigung mit Kernruhezeit für den Airport Berlin Brandenburg International BBI“ vom 20.06. 2007 keine entscheidende Bedeutung bei“ Das heißt im Klartext: Die von der Politik und der FBS aufgeblasene und von den Medien kritiklos verbreiteten, angeblichen Arbeitsplatz- und wirtschaftlichen Effekte des Nachtflugs sind dummes Zeug. Das stört aber weder Wowereit noch Platzeck und die Flughafenfreunde in den Parteien. Sie belügen die Öffentlichkeit munter weiter und machen Propaganda für den Arbeitsplatzsegen des BBI. Warten wir in Ruhe ab, bis der BBI fertig ist. Dann zählt die Realität. Da dürfen sich die Arbeitnehmer von Tegel und Tempelhof nur freuen, wenn wenigstens sie noch Beschäftigung am Flughafen haben.

Armselige VERDI

Treu und brav haben Betriebsräte der FBS und die Arbeitnehmervertreter im mitbestimmten Aufsichtsrat selbst zu den verrücktesten Ideen des Aufsichtsratsvorsitzenden Wowereit und der brandenburgischen Vertreter Ja und Amen gesagt. Jetzt hat der Mohr seine Schuldigkeit getan. Die Gesellschafter, vertreten durch Wowereit und Platzeck, wollen keine Mitbestimmung mehr im Aufsichtsrat der FBS und auch der Arbeitsdirektor soll geschasst werden. Merke: Wenn Sozialdemokraten unternehmerische Funktionen wahrnehmen, sind sie feine Kapitalisten.

Kein Geld auf der Patte - aber la paloma pfeifen.

**SO MIT UNS
NICHT**

Stolz verkündeten Herr Schwarz als Vorstand der FBS und sein Zuschläger Wowereit als Vorsitzender des Aufsichtsrates: Aufträge für 1,4 Milliarden EURO vergeben, alles im Plan. Wie gehabt, jubeln die Medien kritiklos mit. Wir haben uns gefragt, welche verantwortungslosen Herrschaften trieben welches Spiel? 1,4 Milliarden EURO ohne Geld zu haben, denn die Banken haben bisher kein kreditwürdiges Finanzierungskonzept gesehen. Das sollte vertuscht werden. Um Himmels willen dürfen wir nicht sagen müssen, wie wir ohne Geld bauen. Dabei ist sicher, jeder Vorstand oder ein Geschäftsführer eines Unternehmens begeht Untreue, wenn er ohne gesicherte Finanzierung die Einlagen der Eigentümer seines Unternehmens auf's Spiel setzt. Der Gesetzgeber hat für solche Hasardeure ein Plätzchen im Gefängnis vorgesehen. Dabei hat er aber vergessen, auch Politiker wie Wowereit oder Platzeck in den Bau zu stecken, wenn sie das Geld des Steuerzahlers verbraten. Sie dürfen eben verantwortungslos la paloma pfeifen, wenn sie Geld zum Fenster hinauswerfen oder so einfach ohne Geld Aufträge vergeben. Halt, da könnte es ja sein, dass sie selber Kredite an die FBS vergeben. Schließlich haben sie ja den Steuerzahler, den sie Bank spielen lassen.

Aufgespießt

Erinnern sich unsere Leser noch daran, wie der brandenburgische Verkehrsminister Dellmann immer wieder über die exzellente Verkehrsanbindung zum BBI prahlt? Die Wirklichkeit: Die Schieneranbindung wird zum Fiasko. Dies nicht nur, weil die wichtigsten Strecken frühestens 2015 fertig werden und Brandenburg keine Gleise hat, die Züge zum BBI möglich machen. Jetzt die nächste Pleite: Den Express-Bus von Potsdam zum BBI gibt es auch nicht mehr. Mit 20 Minuten Fahrzeit war er schneller als die Regionalbahn. Der Busunternehmer hat nach mehreren Hunderttausend EURO Verlust in einem Jahr aufgegeben. Grund: 20 bis 25 Fahrgäste am Tag; 45 bis 60 Kunden pro Fahrt wären aber für einen wirtschaftlichen Betrieb notwendig gewesen. Dellmann ließ dazu erklären, dass er trotzdem schnelle Fahrten von Potsdam und Teltow zum Flughafen für sinnvoll hält. Also, er sucht wieder Dumme, um seine Sinne zu befriedigen
 Seit Monaten fährt der BBI-Propagandabus über Land. Überall wo er Station macht, finden dann Bürgermeister, Landräte, Abgeordnete und Minister Zeit, als BBI-Jubelperser aufzutreten. Was da dann abgeht, berichtet die MAZ Havelland aus Rathenow: „Der Finanzminister des Landes ist da und der Sprecher des Flughafenvorhabens namens Berlin Brandenburg International (BBI). Draußen der Märkische Platz aber ist nahezu menschenleer. Die wenigen Schaulustigen nähern sich nur zögerlich. Als sei da ein Ufo gelandet. Rathenows Bürgermeister Ronald Seeger (CDU) zeigt sich enttäuscht von den bisherigen Arbeitsmarkteffekten. „Damit sind wir nicht zufrieden.“ Der Mann hat was gemerkt! Schade, dass er Finanzminister Speer nicht gleich noch gefragt hat, wie viel Steuergelder die Rathenower für den BBI und den Propagandabus zahlen müssen.

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt in den BVBB und erkenne die Satzung des Vereins an.

Name _____	Vorname _____
Straße _____	
PLZ _____	Wohnort _____
Geb.-Datum _____	Beruf _____
Tel. privat _____	Tel. dienstlich _____
Fax privat _____	Fax dienstlich _____
Ort / Datum _____	Unterschrift _____
	Zusätzliche Unterschrift des gesetzlichen Vertreters bei Minderjährigen _____

Beitrag

Der Monatsbeitrag ist in Abhängigkeit der Einkommensverhältnisse gestaffelt.
 Bitte kreuzen Sie entsprechend der Höhe Ihres monatlichen Einkommens Ihren gewählten Beitragstarif an.

T 1	BASISTARIF	Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen über 1.000,00 €	3,00 €	<input type="checkbox"/>
T 2	ERM. TARIF	Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen unter 1.000,00 €	1,50 €	<input type="checkbox"/>
T 3	FREITARIF	Mitglieder ohne Einkommen	0,00 €	<input type="checkbox"/>

Nach Erhalt der Aufnahmebestätigung bitten wir Sie unter Angabe des Namens und der Mitgliedsnummer um Überweisung des Betrages möglichst als Jahres- oder Halbjahresbeitrag auf das

Spenden- u. Beitragskonto des BVBB: Volksbank Berlin · BLZ: 100 900 00 · Konto-Nr.: 7188733004

Wir kämpfen weiter!

Helfen Sie uns, weil Ihnen geholfen wird! Spenden Sie und werden Sie Mitglied des BVBB!